

## Stellungnahme

### Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

#### zum Referentenentwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes vom 12. Dezember 2025

MIRO vertritt die Interessen der Hersteller von Kies-, Sand-, Quarzsand- und Natursteinprodukten. Die überwiegend mittelständisch geprägten, vielfach inhaber- oder familiengeführten Unternehmen mit fast 2.700 Werken und 22.500 Mitarbeitern sind in allen Regionen Deutschlands tätig. Sie stellen sicher, dass die jährliche Nachfrage nach Gesteinsrohstoffen je nach Konjunktur von etwa 500 bis 600 Mio. Tonnen auf kurzen Transportwegen verbrauchernah bedient werden kann. Dabei fließen rund 70 % der in Deutschland produzierten Gesteinskörnungen in Infrastrukturprojekte.

Gesteinsrohstoffe bilden die Basis und damit quasi das „Fundament“ sämtlicher Bautätigkeiten in Deutschland. In großen Mengen werden sie insbesondere beim Bau und der Sanierung von Infrastruktur mit den Verkehrswegen Straße, Schiene und Wasser sowie von Wohnungen und Gebäuden benötigt. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Windkraftausbau, der Geothermieanlagenbau und sämtlicher Kabelbau sind ohne die heimischen mineralischen Rohstoffe nicht realisierbar.

#### Vorbemerkungen

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, den Entwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes kommentieren zu dürfen. MIRO begrüßt, dass das Thema Infrastruktur stärker in den Blick der Bundesregierung rückt. Der Entwurf enthält viele sinnvolle und wirksame Ansätze, den bestehenden Investitionsstau aufzulösen. Damit das gelingen kann, muss gleichzeitig auch der Stau bei den für die Rohstoffversorgung dringend benötigten Genehmigungen aufgelöst und im Infrastruktur-Zukunftsgesetz mit entsprechenden Maßnahmen begleitet werden.

#### Forderungen

Der Erfolg des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes als Teil der deutschen Beschleunigungsagenda wird sich am Ende an der Zahl der effizient und umweltverträglich umgesetzten Infrastrukturprojekte messen lassen müssen. Damit Infrastrukturprojekte in der Breite umgesetzt werden können, braucht es neben der Finanzierung und beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren auch die erforderlichen mineralischen Rohstoffe.

Unsere Unternehmen produzieren genau die Qualitäten und Korngrößen, die für die einzelnen Projekte nachgefragt werden. Trotz der in den vergangenen vier Jahren schwächelnden Baukonjunktur wurden in Deutschland die Rohstoffe auf den genehmigten Flächen schneller gefördert als prognostiziert. Zusätzliche Kapazitäten fehlen. Die Erteilung von Anschlussgenehmigungen dauert lange, neuen Genehmigungen werden oft gar nicht erteilt.

Die Umsetzung der geplanten Infrastrukturprojekte ist dringend notwendig, doch ohne heimische Rohstoffe ist das nicht möglich. Deutschland verfügt über genügend Lagerstätten mineralischer Rohstoffe, um seinen Bedarf über Jahrzehnte decken zu können und das unter den weltweit höchsten Standards in den Bereichen Umwelt-, Natur-, und Klimaschutz. Der Import der Massenrohstoffe Sand, Kies und Naturstein ist teuer, emissionsintensiv und ohne regionale Wertschöpfung. Das widerspricht nicht nur der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, der UN-Agenda 2030 und der Staatszielbestimmung des Art. 20a GG, sondern wäre bei der Menge der benötigten Rohstoffe unmöglich. Nur wenn Infrastruktur- und Rohstoffpolitik gemeinsam gedacht werden, können Projekte effizient und verträglich umgesetzt werden. Eine starke Baupolitik braucht eine ebenso starke Rohstoffpolitik.

Es ist besorgniserregend, dass die Rohstoffdimension gerade in diesem Gesetz nicht mitgedacht und sichtbar gemacht wird. Weder die raumplanerischen Privilegierungen, noch die Instrumente zur Verfahrensbeschleunigung werden auf die naturgemäß gleichfalls zu berücksichtigende heimische Rohstoffgewinnung ausgeweitet. Selbst unter dem Punkt Erfüllungsaufwand bleibt der zusätzliche Bedarf an mineralischen Rohstoffen unerwähnt, obwohl er unmittelbar durch Investitionen und die Beschleunigung des Infrastrukturbaus induziert wird.

Das Infrastrukturzukunftsgesetz wird zu einem signifikanten Anstieg des Rohstoffbedarfes führen, während die raumplanerischen, genehmigungsrechtlichen und -praktischen Gegebenheiten einer Befriedigung dieses Bedarfes entgegenstehen. Werden jetzt nicht die Weichen für eine sichere Versorgung mit mineralischen Rohstoffen gestellt, wird eine ausreichende Versorgung zusehends nicht mehr sichergestellt werden können. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Gesteinsbetriebe in Deutschland um 500 Betriebe zurückgegangen. Der Flächendruck nimmt immer weiter zu. Unsere Unternehmen berichten uns, dass Vorrang- und Vorbehaltsgebiete keinen Wert mehr haben. Das längste uns bekannte Genehmigungsverfahren dauert unterdessen bereits 37 Jahre an. Das Infrastruktur-Zukunftsgesetz kann nur sinnvoll wirken, wenn ganzheitlich gedacht und gehandelt wird.

Sekundärbaustoffe leisten schon heute einen wichtigen Beitrag zu Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Die Verwertungsquoten sind hoch und die Branche nutzt die verfügbaren Mengen an Abbruchmaterialien effizient. Dennoch reicht das Aufkommen bei Weitem nicht aus, um den Gesamtbedarf zu decken. Die Gewinnung von Primärrohstoffen stellt nach wie vor eine Notwendigkeit dar. Um dieser Notwendigkeit und dabei der Standortbindung an hochwertige Rohstoffvorkommen und dem wachsenden Flächendruck Rechnung zu tragen, braucht es die Anerkennung und Stärkung der Rohstoffsicherung und -gewinnung.

Besonders wichtig wäre die Einstufung rohstoffsichernder Maßnahmen als Vorhaben des überragenden öffentlichen Interesses, um die standortgebundenen Lagerstätten erschließen und dem steigenden Flächendruck entgegenwirken zu können. Außerdem wäre zur effizienten und umweltverträglichen Umsetzung der zahlreichen Infrastrukturprojekte die Synchronisierung der Beschleunigungsinstrumente für Infrastrukturbau und Rohstoffgewinnung notwendig. Die Instrumente zur Verfahrensbeschleunigung, die sich in diesem Entwurf finden, ließen sich größtenteils 1:1 auf die Rohstoffgewinnung übertragen und wären geeignet, der Botschaft dieser Stellungnahme Rechnung zu tragen: Infrastrukturbau und Rohstoffgewinnung sind unmittelbar und untrennbar verknüpft.

### **Schlussbemerkungen**

Der Verantwortung, die mit der Gewinnung von Rohstoffen einhergeht, ist sich unsere Industrie sehr bewusst. Die Branche übernimmt Verantwortung für die Flächen, die sie nutzt und gestaltet sie während und nach der Gewinnung aktiv und fachgerecht. Schon während der Rohstoffgewinnung entstehen sogenannte Sekundärbiotop, Rückzugsräume für seltene Tier- und Pflanzenarten, die in unserer intensiv genutzten Kulturlandschaft sonst kaum noch vorkommen. Nach Abschluss der Gewinnung werden viele Flächen gezielt renaturiert. Kiesgruben und Steinbrüche entwickeln sich zu wertvollen Lebensräumen, Trittsteinbiotopen oder Baggerseen mit hoher ökologischer Qualität. Die Unternehmen der Gesteinsindustrie arbeiten dabei eng mit Naturschutzbehörden zusammen und setzen auf langfristige, standortgerechte Lösungen. So entstehen Flächen, die nicht nur ökologisch wertvoll sind, sondern auch als landwirtschaftliche Fläche, klimaresistente Waldflächen oder zum Beispiel zur Naherholung und zur Lebensqualität in der Region beitragen. Ein Beitrag, der über die eigentlichen Bauprojekte hinausgeht.

15. Dezember 2025

---

MIRO ist registrierter Interessenvertreter gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung und hält sich an den [Verhaltenskodex des Lobbyregistergesetzes](#). Die Eintragung im Lobbyregister besteht unter der Registernummer [R000660](#). Erfahren Sie mehr unter [www.bv-miro.org](http://www.bv-miro.org).

**BUNDESVERBAND MINERALISCHE ROHSTOFFE e.V. (MIRO)**

Luisenstraße 45, 10117 Berlin

Tel.: 030 – 2021 566 22

E-Mail: [funk@bv-miro.org](mailto:funk@bv-miro.org)